

# Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

11. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 14. Januar 1957

Nummer 1

Datum	Inhalt	Seite
9. 10. 56	Verordnung zum Zweiten Bundesgesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 . . . . .	1
2. 1. 57	Verordnung über die Änderung der örtlichen Zuständigkeit der Finanzämter Münster-Stadt und Münster-Land . . . . .	1
19. 12. 56	Verordnung NW PR Nr. 10/56 über Transportleistungen im gewerblichen Güternahverkehr zur Ausführung des Großbauprojekts der öffentlichen Hand „Autobahnstrecke Köln-Aachen von km 25,600 bis 35,600, von km 56,400 bis 61,400, Aachen-Verlautenheide von km 0,450 bis 4,937, von km 0,450 bis 1,110, Verlautenheide-Lichtenbusch von km 0,090 bis 11,026 . . . . .	2
	Anzeige des Ministers für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen	
17. 12. 56	Betrifft: Anordnung über die Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung für die Umlegung der bestehenden Gasföhrleitung von Altenessen nach Solingen-Wald . . . . .	2
22. 12. 56		
31. 12. 56	Bekanntmachungen der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen. Betrifft: Wochenansweise . . . . .	3/4
7. 1. 57	Hinweis für die Bezieher des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Jahrgang 1956. Betrifft: Inhaltsverzeichnis und Einbanddecken zum Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen — Jahrgang 1956 . . . . .	4

## Verordnung zum Zweiten Bundesgesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956. Vom 9. Oktober 1956.

Auf Grund des Artikels 4 des Zweiten Gesetzes zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 446) wird verordnet:

### § 1

Folgende Verordnungen und Anordnungen des Präsidenten des Zentral-Justizamts für die Britische Zone werden aufgehoben:

1. Die Verordnung vom 17. Februar 1947 über die Errichtung der Dienststelle eines Generalinspektors in der britischen Zone für die Spruchgerichte zur Aburteilung der Mitglieder der in Nürnberg für verbrecherisch erklärten Organisationen (VOBlBr.Z. S. 22) und die Verordnung vom 13. März 1948 zur Ergänzung der Verordnung vom 17. Februar 1947 (VOBlBr.Z. S. 72).
2. Die Verordnung vom 17. Februar 1947 über die beamten-, besoldungs- und haushaltsrechtliche Stellung der Beamten der Dienststelle des Generalinspektors, der Spruchgerichte und der Anklagebehörden für die Aburteilung von Mitgliedern verbrecherischer Organisationen (VOBlBr.Z. S. 23) in der Fassung der Verordnung vom 12. Januar 1948 (VOBlBr.Z. S. 7).
3. Die Verfahrensordnung für die deutschen Spruchgerichte zur Aburteilung von Mitgliedern verbrecherischer Organisationen vom 17. Februar 1947 (VOBlBr.Z. S. 57) mit Ausnahme des § 39 und die Verordnungen zur Ergänzung und Änderung der Verfahrensordnung vom 27. Mai 1948 und 2. August 1948 (VOBlBr.Z. S. 129 und S. 226), ferner die Allgemeine Anordnung vom 29. Juni 1948 über die Bestimmung eines Gerichtsstandes in Spruchgerichtssachen (VOBlBr.Z. S. 170) und die Allgemeine Verfügung vom 1. Juni 1947 über die Errichtung von Spruchgerichten (ZJ Bl. S. 14).
4. Die Verordnung vom 17. Februar 1947 über Kostenbestimmungen für die Spruchgerichte zur Aburteilung von Mitgliedern verbrecherischer Organisationen (VOBlBr.Z. S. 63).

### § 2

Die Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juni 1956 in Kraft.

Düsseldorf, den 9. Oktober 1956.

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Ministerpräsident:  
Steinhoff.

Der Justizminister:  
Dr. Amelunxen.

— GV. NW. 1957 S. 1

## Verordnung über die Änderung der örtlichen Zuständigkeit der Finanzämter Münster-Stadt und Münster-Land. Vom 2. Januar 1957

Auf Grund des § 20 des Gesetzes über die Finanzverwaltung vom 6. September 1950 (BGBl. S. 448) in der Fassung des Zweiten Überleitungsgesetzes vom 21. August 1951 (BGBl. I S. 774) wird verordnet:

### § 1

(1) Das durch Gesetz vom 9. Oktober 1956 (GV. NW. S. 284) in die Stadt Münster eingegliederte Gebiet aus der Gemeinde St. Mauritz, Landkreis Münster, das bisher zum Bezirk des Finanzamts Münster-Land gehörte, wird dem Finanzamt Münster-Stadt zugeteilt.

(2) Das durch Gesetz vom 9. Oktober 1956 (GV. NW. S. 284) in die Gemeinde St. Mauritz eingegliederte Gebiet aus der Stadt Münster, das bisher zum Bezirk des Finanzamts Münster-Stadt gehörte, wird dem Finanzamt Münster-Land zugeteilt.

### § 2

Diese Verordnung tritt 14 Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 2. Januar 1957.

Der Finanzminister  
des Landes Nordrhein-Westfalen:  
Weyer.

— GV. NW. 1957 S. 1.

**Verordnung NW PR Nr. 10/56  
über Transportleistungen im gewerblichen Güternahverkehr zur Ausführung des Großbauvorhabens der öffentlichen Hand „Autobahnstrecke Köln-Aachen von km 25,000 bis 35,600, von km 56,400 bis 61,400, Aachen-Verlautenheide von km 0,450 bis 4,957, von km 0,450 bis 1,110, Verlautenheide-Lichtenbusch von km 0,000 bis 11,026“.**

Vom 19. Dezember 1956.

Auf Grund des § 2 des Übergangsgesetzes über Preisbildung und Preisüberwachung (Preisgesetz) vom 10. April 1948 (WiGBl. S. 27) / 3. Februar 1949 (WiGBl. S. 14) / 21. Januar 1950 (BGBl. S. 7) / 8. Juli 1950 (BGBl. S. 274) / 25. September 1950 (BGBl. S. 681) / 23. Dezember 1950 (BGBl. S. 824) / 29. März 1951 (BGBl. I S. 223) in der sich aus § 37 des Gesetzes über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft vom 7. Januar 1952 (BGBl. I S. 7) ergebenden Fassung in Verbindung mit §§ 16 Abs. 6 und 17 Abs. 1 der Zweiten Verordnung über Höchstpreise für Fuhrleistungen mit Kraftfahrzeugen im Nahverkehr (NVP) vom 14. September 1951 PR Nr. 45/51 (Banz. Nr. 185 S. 1) — wird für das Großbauvorhaben der öffentlichen Hand „Autobahnstrecke Köln—Aachen von km 25,000 bis 35,600, von km 56,400 bis 61,400, Aachen—Verlautenheide von km 0,450 bis 4,957, von km 0,450 bis 1,110, Verlautenheide—Lichtenbusch von km 0,000 bis 11,026“ verordnet:

**§ 1**

(1) Bei Aufträgen von Bauunternehmern an gewerbliche Fuhrunternehmer über den Transport von Erdmassen dürfen nur die vollen Sätze des Teils III der Preistafel der Zweiten Verordnung über Höchstpreise für Fuhrleistungen mit Kraftfahrzeugen im Nahverkehr (NVP) vom 14. September 1951 — PR Nr. 45/51 (Banz. Nr. 185 S. 1) — mit einem Abschlag von 38 % oder die vollen Stundensätze des Teils II dieser Preistafel gefordert, versprochen, vereinbart, angenommen oder gewährt werden.

(2) Bei Entfernungen unter 1 km ist von dem gemäß Abs. (1) gekürzten Tarifsatz des Teils III der Preistafel für 1 km ein Abschlag von 5 % je 100 km unter 1 km vorzunehmen.

(3) Bei Entfernungen zwischen 2 Tarifstufen des Teils III der Preistafel ist ein Tarifsatz zu berechnen, der zwischen den Tarifsätzen der unteren und der oberen Tarifstufe liegt.

**§ 2**

(1) Bei Aufträgen von Bauunternehmern an gewerbliche Fuhrunternehmer über den Transport von Kies, Bausand, Schlacke, Schotter, Splitt dürfen nur die vollen Sätze des Teils III der Preistafel mit einem Abschlag von 43 % gefordert, versprochen, vereinbart, angenommen oder gewährt werden.

(2) § 1 Abs. (3) gilt entsprechend.

**§ 3**

Die Verordnung gilt nicht für den Werkverkehr im Sinne des § 48 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) vom 17. Oktober 1952 (BGBl. I S. 697).

**§ 4**

Die Entgelte der in §§ 1 und 2 genannten Transportleistungen sind über eine Abrechnungsstelle abzurechnen. Diese muß gemäß §§ 58 Abs. 2, 59 Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) vom 17. Oktober 1952 (BGBl. I S. 697) von der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr als Frachtenprüfstelle zugelassen sein.

**§ 5**

Im übrigen gelten die Vorschriften der Zweiten Verordnung über Höchstpreise für Fuhrleistungen mit Kraftfahrzeugen im Nahverkehr (NVP) vom 14. September 1951 — PR Nr. 45/51 (Banz. Nr. 185 S. 1) —.

**§ 6**

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung werden auf Grund des § 2 des Gesetzes zur weiteren Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts (Wirtschaftsstrafgesetz 1954) vom 9. Juli 1954 (BGBl. I S. 175) / 25. Dezember 1955 (BGBl. I S. 869) geahndet.

**§ 7**

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 19. Dezember 1956.

Der Minister für Wirtschaft und Verkehr  
des Landes Nordrhein-Westfalen.

In Vertretung des Staatssekretärs:

Arnold.

— GV. NW. 1957 S. 2.

**Anzeige des Ministers für Wirtschaft und Verkehr  
des Landes Nordrhein-Westfalen.**

Düsseldorf, den 17. Dezember 1956.

Betrifft: Anordnung über die Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung für die Umlegung der bestehenden Gasfernleitung von Altenessen nach Solingen-Wald.

Gemäß § 5 des Gesetzes betr. die Bekanntmachung landesherrlicher Erlasse durch die Amtsblätter vom 10. April 1872 (Gesetzssaml. S. 357) wird hierdurch angezeigt, daß im Amtsblatt der Bezirksregierung Düsseldorf vom 29. November 1956, S. 339, die Anordnung über die Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung zugunsten der Firma Ruhrgas Aktiengesellschaft in Essen für die

Umlegung der bestenden Gasfernleitung von Altenessen nach Solingen-Wald, und zwar des parallel zu der umzubauenden Landstraße I. Ordnung Nr. 415 zwischen km 5,400 und 5,800 liegenden Teilstücks im Stadtteil Hasten der kreisfreien Stadt Remscheid, Regierungsbezirk Düsseldorf,

bekanntgemacht ist.

— GV. NW. 1957 S. 2.



**Betrifft: Wochenausweis der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen vom 7. Januar 1957**

Aktiva		(Beträge in 1000 DM)		Passiva	
		Veränderungen gegen- über der Vorwoche		Veränderungen gegen- über der Vorwoche	
Guthaben bei der Bank deutscher Länder*) . . .	—	933 539	—	120 335	—
Postcheckguthaben . . .	—	1	—	859	—
Inlandswechsel . . . . .	—	498 123	—	45 323	—
Wertpapiere					
a) am offenen Markt					
gekauft . . . . .	—		—		
b) sonstige . . . . .	87	87	—	—	
Ausgleichsforderungen					
a) aus der eigenen Um-					
stellung . . . . .	616 308		—		
b) angekauft . . . . .	—	616 308	—	—	
Lombardforderungen gegen					
a) Wechsel . . . . .	1 951		— 8 140		
b) Ausgleichsforderungen	4 923		+ 526		
c) sonstige Sicherheiten	107	6 981	— 36 747	— 44 361	
Beteiligung an der BdL . .	—	28 000	—	—	
Sonstige Vermögenswerte .	—	66 844	—	+ 115	
		2 149 883		+ 29 907	
Grundkapital . . . . .	—	65 000	—	—	
Rücklagen und Rückstel-					
lungen . . . . .	—	111 518	—	—	
Einlagen					
a) von Kreditinstituten					
innerhalb des Landes					
(einschl. Postscheck-					
ämter*) . . . . .	1 737 086		+ 56 846		
b) von Kreditinstituten					
in anderen deutschen					
Ländern . . . . .	379		+ 20		
c) von öffentlichen Ver-					
waltungen . . . . .	34 504		— 43 264		
d) von alliierten Dienst-					
stellen . . . . .	9 931		+ 139		
e) von sonstigen inländi-					
schen Einlegern . . . .	107 513		+ 6 729		
f) von ausländischen Ein-					
legern . . . . .	8 915	1 598 328	+ 5 069	+ 25 539	
Schwebende Verrechnungen					
im Zentralbanksystem .	—	10 982	—	+ 5 874	
Sonstige Verbindlichkeiten					
Verbindlichkeiten aus wei-					
tergegebenen Wechseln .	(272 130)	—	(+ 2 035)	—	
		2 149 883		+ 29 907	

*) Mindestreserve gem. § 6 Emissionsgesetz im Durchschnitt des Monats Dez. 1956		Veränderungen gegen- über dem Vormonat
Reserve-Soll . . . . .	203 346	+ 9 655
Reserve-Ist . . . . .	785 899	+ 47 564

Übrige ausweispflichtige Positionen ohne Bestand.		
*) Mindestreserven gem. § 6 Emissionsgesetz im Durchschnitt des Monats Dez. 1956		Veränderungen gegen- über dem Vormonat
Reserve-Soll . . . . .	1 343 439	+ 16 374
Reserve-Ist . . . . .	1 430 295	+ 41 161
Überschußreserven . . .	<u>136 856</u>	<u>+ 24 787</u>
Summe der Überschrei- tungen . . . . .	137 153	+ 24 957
Summe der Unterschrei- tungen . . . . .	<u>297</u>	<u>+ 170</u>
Überschußreserven . . .	<u>136 856</u>	<u>+ 24 787</u>

Düsseldorf, den 7. Januar 1957.

**Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen:**  
Böttcher. Braune.

— GV, NW, 1957 S. 4.

**Hinweis für die Bezieher  
des Gesetz- und Verordnungsblattes  
für das Land Nordrhein-Westfalen  
Jahrgang 1956.**

Betrifft: Inhaltsverzeichnis und Einbanddecken zum Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen — Jahrgang 1956 —.

Das Inhaltsverzeichnis für den Jahrgang 1956 des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen wird den ständigen Beziehern im Laufe des Monats Februar 1957 durch die Post zugestellt werden.

Einbanddecken für den Jahrgang 1956 in der Ausführung des Vorjahres (Ganzleinen) sind ab 1. Februar 1957 lieferbar.

Der Preis je Einbanddecke beträgt 3,50 DM.

Zur Feststellung des Bedarfs wird möglichst umgehende Bestellung bei der August Bagel Verlag G. m. b. H., Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, erbeten.

—GV, NW, 1957 S. 4.

**Einzelpreis dieser Nummer 0,30 DM.**

Einzellieferungen nur durch den Verlag gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (pro Einzelheft 0,15 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf.  
(Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag GmbH, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einsseitiger Druck) durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 3,50 DM, Ausgabe B 4,20 DM.